

Bericht

des Wirtschaftsausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Reiter und Schwaighofer (Nr 267 der Beilagen) betreffend die Unterstützung des Global Marshall Plans durch das Land Salzburg

Der Wirtschaftsausschuss hat sich in der Sitzung vom 18. Jänner 2005 in Anwesenheit der Experten Dr. Wasner (0/922), Dr. Schörghuber (WK Salzburg), Mag. Holzinger (Robert-Jungk-Stiftung) und Herrn Pirker (Entwicklungspolitischer Beirat) mit dem zitierten Antrag geschäftsordnungsgemäß befasst.

Abg. Dr. Reiter (Grüne) erläutert eingangs der Debatte die Intention des Antrages. Am 14. November 2005 habe Landeshauptfrau Mag. Burgstaller den Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung an Prof. DDr. Franz Josef Radermacher, dem Vater des Global Marshall Planes zur Überwindung der Armut in der Welt, überreicht. Anstelle von Almosen sollten Weltsteuern auf Handels- und Finanztransaktionen die Finanzierung von Entwicklung ermöglichen. Ziel sei es, eine faire Globalisierung durch internationale Kofinanzierung zu erreichen. Die Unterstützung des Global Marshall Planes für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft solle nicht nur auf diese Preisverleihung beschränkt bleiben, sondern Richtschnur des politischen Handelns des Landes Salzburg werden. Damit solle auch zur Zählung der Globalisierung, die auch das Land Salzburg massiv beeinflusse, beigetragen werden.

Zweiter Landtagspräsident MMag. Neureiter (ÖVP) stellt eine „neue Breite“ des Bewusstseins um „eine Welt“ fest. Zum vorliegenden Antrag äußert dieser jedoch die Befürchtung, dass vor allem der Punkt 1.1 des vorliegenden Antrages nicht umsetzbar sei. Zweiter Landtagspräsident MMag. Neureiter ersucht die Experten um Beurteilung des vorliegenden Antrages.

Abg. Hirschbichler (SPÖ) stellt fest, dass es wichtig sei, neue Akzente in der Entwicklungspolitik zu setzen. Die SPÖ werde deshalb den vorliegenden Antrag und dessen Ziele unterstützen.

Abg. Blattl (FPÖ) ersucht die anwesenden Experten, den Global Marshall Plan näher zu erläutern. Grundsätzlich kündigt Abg. Blattl die Unterstützung des Antrages an.

Herr Pirker berichtet, dass man den Global Marshall Plan analog zur amerikanischen Hilfe für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg sehen könne. Die UNO habe im Jahr 2000 acht Millenniumsziele, welche bis 2015 erreicht werden sollten, formuliert. Diese seien ebenfalls Leitschnur

für den Global Marshall Plan. Dabei handle es sich um folgende Zielsetzungen:

- Eindämmung des Hungers,
- das Recht auf Grundschule für jedes Kind und auch die Möglichkeit zum Besuch einer solchen,
- Erreichung der Geschlechtergleichheit,
- Senkung der Säuglingssterblichkeit auf ein Drittel und Senkung der Müttersterblichkeit um drei Viertel,
- Eindämmung des Malariavirus und von HIV und zumindest keine weiteren Steigerungsraten,
- nachhaltige Umweltpolitik und
- globale Partnerschaft.

Herr Mag. Holzinger führt weiter aus, dass das Konzept vorsehe, dass Worten nunmehr Taten folgen sollten. Neu sei dabei, dass die Finanzierung nicht über die öffentlichen Haushalte der Länder, sondern zB über Abgaben auf Finanztransaktionen oder aus Abgaben von Unternehmen, die an der Globalisierung gutes Geld verdienten (Terraabgabe) oder durch Zuschläge auf Flugzeugtreibstoff sicher gestellt werden sollte. Es werde davon ausgegangen, dass mit rund 100 Mrd US Dollar für eine Anschubfinanzierung ausgekommen werden könnte.

Zweiter Landtagspräsident MMag. Neureiter bringt einen Abänderungsantrag ein, welcher zwar die Elemente des vorliegenden Antrages enthalte, diese seien machbarer und umsetzbarer formuliert.

In der weiteren Diskussion wird der Abänderungsantrag nochmals modifiziert und zu einem Vier-Parteien-Abänderungsantrag erhoben.

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses kommen einstimmig zu der Auffassung, dem Landtag den modifizierten Antrag zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Der Wirtschaftsausschuss stellt mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne - sohin einstimmig - den

Antrag

der Salzburger Landtag wolle beschließen

1. Der Landtag bekennt sich zu einer aktiven Unterstützung des Global Marshall Plans und zu einer klaren Absicherung der öffentlichen Verantwortung im Bereich der Daseinsvorsorge.
2. Der Landtag ersucht die Landesregierung,
 - 2.1 auf der Basis des ‚Global Marshall Plans‘ ein Umsetzungskonzept und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung zu erarbeiten, wobei unter Miteinbeziehung bestehender einschlägiger Aktivitäten, Initiativen (wie zum Beispiel der Entwicklungspolitische Beirat) und Strukturen des Landes und unter Beachtung seiner Ziele hinsichtlich Verwaltungsreform und Budgetstabilität eine Unterstützung vorgesehen werden soll, und
 - 2.2 dem Landtag darüber zu berichten.

Salzburg, am 18. Jänner 2006

Der Vorsitzende
Mag. Scharfetter eh

Die Berichterstatterin
Dr. Reiter eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 1. Februar 2006:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.